

Mitchell G. Ash*

Ist die Verfassung an allem schuld?

Thesen zur politischen Krise der USA

Zusammenfassung: Der Beitrag behandelt in drei Schritten die Rolle der Verfassung in der gegenwärtigen politischen Krise der USA. Zunächst geht es um die Frage, inwiefern der US-Verfassung das Attribut »demokratisch« zugeschrieben werden kann, und warum der offenbar nicht-demokratische Modus der Präsidentenwahl (Electoral College) noch immer besteht. In einem zweiten Schritt wird die reale Verfassung am Beispiel des Wahlrechts besprochen und im aktuellen restriktiven Umgang damit seitens der republikanischen Partei eine der Wurzeln der derzeitigen politischen Krise der USA geortet. Im dritten Schritt wird die zentrale Rolle der Verfassung als Symbol der Rechtsstaatlichkeit in der politischen Kultur der USA behandelt und die These vertreten, dass das patriotische Bekenntnis zur Verfassung in einer Zeit der politischen Polarisierung seine einigende Kraft zu verlieren droht.

Schlagwörter: Verfassung (der USA), Electoral College, Wahlrecht, politische Kultur

Is the Constitution to blame for everything?

Theses on the political crisis in the USA

Abstract: This paper discusses the role of the U.S. Constitution in the contemporary political crisis in the United States, in three sections. First the question is raised whether and to what extent the Constitution can be termed »democratic«, and why the apparently undemocratic institution called the Electoral College is still in place for presidential elections. Second, the real operation of the Constitution is considered using the case of voting rights; the thesis here is that one root of the current political crisis is the Republican party's effort to restrict participation in elections by nonwhite minorities and the poor. In section three, the central role of the Constitution as a symbol of the rule of law in the political culture of the USA is considered, and the thesis advanced that the patriotic allegiance to the Constitution may be losing its unifying power in a time of political polarization.

Keywords: Constitution (of the USA), Electoral College, voting rights, political culture

* Mitchell G. Ash ist emeritierter Professor für Geschichte der Neuzeit an der Universität Wien.

Derzeit sind viele unterschiedliche Deutungen der heutigen politischen Situation in den USA im Umlauf. Mehrere davon verweisen auf den für Außenstehende, aber auch für viele US-Amerikaner und Amerikanerinnen schwer verständlichen Modus für die Wahl des Präsidenten/der Präsidentin, der als hoffnungslos veraltet und undemokratisch kritisiert wird. Als Beleg für diese Einschätzung wird darauf hingewiesen, dass seit 2000 der Kandidat der Republikanischen Partei zwar dreimal (2000, 2004 und 2016) zum Wahlsieger erklärt wurde, aber nur einmal (Bush II 2004) eine Mehrheit der Wählerstimmen erhielt. Unter anderem deshalb hat der deutsche Politikwissenschaftler Peter Graf Kielmansegg Ende Januar in einem Zeitungsartikel mit dem Titel »Amerikanische Sklerose« argumentiert, die Verfassung der USA sei nicht mehr zeitgemäß, weshalb mit ihrer Hilfe die schwere politische Krise, in der sich das Land jetzt befindet, nicht beizukommen sein würde (Kielmansegg 2021).

Nicht alles, was in den USA politisch im Argen liegt, kann auf ihre Verfassung zurückgeführt werden. So hat zum Beispiel die Frage danach, ob die seit Jahren bestehende Blockade im Senat mit der Reform oder der Aufhebung des sogenannten Filibusters – die Möglichkeit, Gesetzesvorhaben durch endloses Reden zu Fall zu bringen – beendet werden kann, keinen Verfassungsrang, denn es geht dabei um Regeln, die sich der Senat selbst gibt. Allerdings wird häufig argumentiert, dass der Senat selbst keine demokratische Körperschaft sei, denn jeder Bundesstaat der USA hat zwei Senatoren, ganz gleich,

wie bevölkerungsreich oder bevölkerungsarm er ist, und das wird in der Tat durch die US-Verfassung, Artikel I, Absatz 3.1, bestimmt. Daher vertreten die 50 demokratischen und unabhängigen Senatoren, die gemeinsam abstimmen, derzeit 41.549.808 mehr Menschen als die 50 republikanischen Senatoren.¹

Also ist die Verfassung doch an allem schuld? Im ersten Teil dieser Bemerkungen möchte ich kurz der Frage nachgehen, wieso die USA gerade diese Verfassung erhalten haben und warum der darin festgelegte Modus für die Präsidentenwahl seit mehr als 230 Jahren noch immer derselbe geblieben ist. Im zweiten Teil behandle ich die reale Verfassung am Beispiel des Wahlrechts und orte im aktuellen Umgang damit eine der Wurzeln der derzeitigen politischen Krise der USA. Im dritten Teil wechsele ich den analytischen Zugang, bespreche die zentrale Rolle der Verfassung als Symbol des Rechtsstaates in der politischen Kultur der USA und vertrete die These, dass das patriotische Bekenntnis zur Verfassung in einer Zeit der politischen Polarisierung seine einigende Kraft zu verlieren droht.

I. Inwiefern war/ist die Verfassung der USA »demokratisch«?

Zunächst einmal fragt es sich, was es eigentlich heißt, einen Staat oder dessen Verfassung mit dem Attribut »demokratisch« zu versehen. Das moderne Kriterium einer repräsentativen Demokratie, der Grundsatz der direkten und geheimen Wahl, hat sich erst im Lauf

1 Für den Rechnungsmodus hinter dieser Aussage vgl. Millheiser (2021).

des 19. Jahrhunderts herausgebildet, als Messlatte der Demokratietauglichkeit der US-Verfassung von 1787 ist dieses Kriterium also ahistorisch. Nach dem Abschluss des Verfassungskonvents in Philadelphia soll Benjamin Franklin von Elizabeth Willing Powell gefragt worden sein, welche Staatsform man gewählt habe: »What have we got? A monarchy or a republic?« Darauf soll er mit dem ihm eigenen Witz geantwortet haben: »A republic, madam, if you can keep it.«²

Gleich zu Beginn des Verfassungstextes stehen die hehren Worte: »We the People of the United States of America«. Der Satz im Ganzen besagt, dass dieses Volk die Verfassung »ordiniert und etabliert«. Seitdem wurden und werden die Worte »We the People« immerfort als Beleg für den demokratischen Charakter des Dokuments und damit des Landes angeführt. Das Wort »Demokratie« steht jedoch nirgends im Text, im Original nicht und in der heutigen Fassung auch nicht, und es hat Gründe, dass es so bleibt. Zur Zeit des Verfassungskonvents hielt man Demokratie als Regierungsform für die Herrschaft des Mobs. Angesichts dessen, was über die asozialen Medien nicht nur in den USA betrieben wird, erscheint ein solcher Standpunkt auch heute nicht ganz absurd. Eine direkte Demokratie

2 »Eine Republik, Madame, wenn Sie sie erhalten können«. Das Gespräch wurde 1787 von James McHenry, einem Delegierten zum Konvent aus Maryland, in seinem Tagebuch festgehalten. Zur Rolle Powells und zur wechselvollen Geschichte des Zitats vgl. Anishanslin (2019). Alle Übersetzungen von Zitaten aus dem amerikanischen Englisch: MGA.

nach dem Muster Athens wurde in den Debatten um die Verfassung erwogen, aber verworfen, weil man aus der Geschichte des Stadtstaates die Gefahr eines Abgleitens in die Tyrannei kannte. Immerhin wurde eine Direktwahl der Abgeordneten des Repräsentantenhauses allein durch die männlichen Eigentumsbesitzer festgelegt, dies galt jedoch nicht für die Wahl des Senats und des Präsidenten. Erst mehr als hundert Jahre später wurde die Direktwahl der Senatoren mit dem 17. Verfassungszusatz 1913 durchgesetzt, aber das Präsidentenamt blieb von dieser Wende in Richtung direkter Demokratie verschont. Das bereits damals von vielen Seiten als hoffnungslos antiquiert kritisierte *Electoral College* ließ man bestehen, und zwar bis heute. Warum?

Das *Electoral College* ist die kollektive Bezeichnung für die Wahlpersonen, die nach Artikel II Absatz 1 der Verfassung von den Parlamenten der Bundesstaaten und dem *District of Columbia* alle vier Jahre im Rahmen der Präsidentschaftswahlen nach der Zertifizierung des amtlichen Endergebnisses im jeweiligen Bundesstaat zur offiziellen Stimmabgabe im Dezember aufgerufen wird. Die Ergebnisse werden dem Vizepräsidenten/der Vizepräsidentin in seiner/ihrer Eigenschaft als Senatspräsident/in übergeben, vor einer gemeinsamen Sitzung beider Häuser des Kongresses am 6. Januar öffentlich bekanntgegeben und im Normalfall im Kongress bestätigt. Die Anzahl der Wahlpersonen je Bundesstaat gleicht der Summe der ihm zustehenden Kongressabgeordneten plus der beiden Senatoren. Bevölkerungsreichere Bundesstaaten erhalten somit mehr Wahlpersonen. In

sofern scheint die Einrichtung »demokratisch« zu sein, doch auch hier wird die Gewichtung zugunsten der kleineren Bundesstaaten verschoben durch die beiden Wahlpersonen je Bundesstaat, die den Senatoren entsprechen. All das ist darauf zurückzuführen, dass die Verfassung die Ausführung der Präsidentenwahlen wie der Kongresswahlen den Bundesstaaten überlässt. Bislang gibt es noch kein einheitliches Bundeswahlgesetz.

Kritiker und Kritikerinnen meinen, dass dies noch immer so ist, weil es sehr schwer ist, die Verfassung zu ändern. Tatsächlich wäre die Bewilligung solcher Änderungen durch den Kongress mit einer Zweidrittelmehrheit in beiden Häusern nur der erste Schritt, es müssten auch noch drei Viertel der Bundesstaaten zustimmen. Die Tatsache, dass die Verfassung schwer zu ändern ist, stellt eines der Fundamente der Stabilität des US-amerikanischen Verfassungsstaates dar. Allerdings ist bezeichnenderweise die Bestimmung, die jedem Bundesstaat zwei Senatoren zuweist, laut Artikel V die einzige der ganzen Verfassung, die nicht auf diesem Wege geändert werden darf.³ Abgesehen davon, dass auch in der Bundesrepublik Deutschland der Bundespräsident/die Bundespräsidentin in einem ziemlich umständlichen Vorgang indirekt gewählt wird, ohne dass man darin ein Demokratiedefizit erblickt: Das viel gescholtene *Electoral College* und damit die indirekte Wahl

des Präsidenten der USA bleibt nicht deshalb bestehen, weil es schwierig ist, die Verfassung zu ändern, sondern aus demselben politischen Grund, weshalb die Zahl der deutschen Bundesländer vielleicht erhöht, aber niemals vermindert werden wird. Der Minderheitenschutz gilt in diesem Fall den kleineren Bundesstaaten wie in Deutschland den kleineren Bundesländern, und in beiden Fällen werden diese die Macht, die ihnen einmal zugestanden wurde, niemals wieder abgeben. Das Land heißt nicht von ungefähr die Vereinigten Staaten von Amerika. Die Spielregeln, die sich in den USA daraus ergeben, kennen beide Parteien.

II. Die reale Verfassung am Beispiel des Wahlrechts

Obwohl es nach wie vor kein Bundeswahlgesetz gibt, regelt die Verfassung sehr wohl den Zugang zum Wahlrecht, und zwar mithilfe der 13., 14. und 15. Verfassungszusätze von 1865, 1868 und 1870. Der erste beendete die Sklaverei, der zweite verlieh den Befreiten die Staatsbürgerschaft aufgrund ihrer Geburt im Lande (womit übrigens das *jus soli* als ausschlaggebend für die US-amerikanische Staatsbürgerschaft insgesamt festgelegt wurde) und der dritte verbot es, den Männern unter ihnen das Wahlrecht zu verwehren – sehr zum Verdruss eines Teils der Frauenbewegung (DuBois 2006). Ironischerweise erhöhte der 15. Zusatz das Gewicht der besiegten Südstaaten, weil die befreiten Sklaven dort statt wie ehemals zu drei Fünfteln nunmehr zu hundert Prozent bei der Festlegung der Zahl der Abgeordneten je Bundesstaat mit-

3 Wörtlich heißt es dort: »No state shall without its consent be deprived of its equal suffrage in the Senate.« (»Ohne seine Zustimmung darf keinem Staat das gleiche Wahlrecht im Senat entzogen werden.«)

gezählt wurden. Doch gerade in den Südstaaten wurde die Ausführung des 14. und 15. Zusatzes nach dem Ende der Militärbesetzung der Südstaaten 1877 durch die Einführung der sogenannten *Jim-Crow-Laws* bewusst konterkariert. Das galt auch für schwarze Frauen im Süden nach der Einführung des Frauenwahlrechts 1920 (Jones 2020). Nach dem 14. Verfassungszusatz sollte jede Einschränkung des Wahlrechts (für Männer) eine Strafe nach sich ziehen, aber der betreffende Passus ist niemals angewendet worden.

Die Bürgerrechtsgesetzgebung der 1960er-Jahre, insbesondere der *Voting Rights Act* von 1965, sollte den Garantien der 14. und 15. Verfassungszusätze endlich zum Durchbruch verhelfen. Als Lyndon Johnson den *Civil Rights Act* am 2. Juli 1964 unterzeichnete, soll er einem Mitarbeiter gesagt haben: »We have lost the South for a generation.«⁴ In Wirklichkeit hielt die Dominanz der Demokraten im Süden aus lokalpolitischen Gründen für eine Generation noch an, doch spätestens seit den 1980er-Jahren sind die Südstaaten fest in der Hand der Republikaner, zumindest was die Präsidentschaftswahlen betrifft. Seit 1968 haben die Demokraten die Präsidentschaft für sich nur dann gesichert, wenn ihr Kandidat selbst aus dem Süden kam (Carter 1976, Clinton 1992 und 1996) oder sie mindestens zwei Südstaaten gewinnen konnten (Obama 2008 und 2012, und nun Biden dank dem äußerst knappen Sieg in Georgia 2020).

4 »Wir haben den Süden für eine Generation verloren.« Diese Aussage ist allerdings in zeitgenössischen Quellen nicht belegt, vgl. Allen (2014).

Die Strategie der Republikaner ist jedoch nicht allein auf die Südstaaten begrenzt. Seitdem der Oberste Gerichtshof (*Supreme Court*) 2013 den Teil des *Voting Rights Act* aufhob, der der Bundesregierung die Aufsicht über dessen Ausführung in einzelnen Bundesstaaten erlaubte, haben die Republikaner verstärkt in mehreren Bundesstaaten, und nicht nur im Süden, versucht, die Ausübung des Wahlrechts an Bedingungen zu knüpfen, die für ärmere Bürger und Bürgerinnen, die mehrheitlich Minderheiten angehören, kaum erfüllbar sind. Seit dem November 2020 nahmen die Republikaner die Lüge, Donald Trump sei die Wahl durch groß angelegte Betrügereien »gestohlen« worden, zum Anlass, mehr als 330 Gesetzesentwürfe in 43 Bundesstaaten einzubringen mit dem vermeintlichen Ziel, die »Integrität« des Wahlvorgangs zu sichern (Gardner/Rabinowitz/Stevens 2021).⁵ In Wirklichkeit geht es darum, die erweiterten Möglichkeiten zur Stimmabgabe, die 2020 in Zeiten der Pandemie eingeführt wurden, wieder rückgängig zu machen und die Bestimmungen des Wahlrechts in den Bundesstaaten restriktiver zu gestalten. Die Absicht dahinter hat Donald Trump schon im März 2020 offen angesprochen: »They had levels of voting, that if you'd ever agreed to them, you would never have a Republican elected in this country again.«⁶ Neuere Forschungen stellen

5 Die Zahl von 330 Anträgen entspricht dem Stand vom 7.4.2021. Sie dürfte sich seither noch erhöhen.

6 »Sie hatten Abstimmungsniveaus, wenn man ihnen jemals zugestimmt hätte, dann würde nie wieder ein Republikaner in diesem Land gewählt werden.« (Blake 2021)

diese Aussage infrage. Eine Studie, die sechs Bundeswahlen seit 2013 untersucht hat, zeigte keine Divergenz zwischen der Wahlbeteiligung weißer und schwarzer Wählerschaft; vielmehr stellte man eine verstärkte Mobilisierung unter schwarzen Wählern fest (Raze 2019). Der oben erwähnte Sieg Joe Bidens in Georgia ist genau darauf zurückzuführen. Gerade deshalb kämpfen die Republikaner mit erhöhter Intensität um restriktive Wahlgesetze. Eine der Wurzeln der derzeitigen Demokratiekrise in den USA liegt somit nicht in der bloßen Existenz von politischen Parteien, die in der Verfassung bekanntlich nicht vorgesehen waren, sondern im Willen einer der beiden großen Parteien, Wählerinnen und Wähler von den Urnen fernzuhalten, von denen sie vermuten, dass sie mehrheitlich gegen sie stimmen würden.

III. Die Verfassung als Symbol – Krise der politischen Kultur

Nun komme ich zum Kern der tatsächlich vorliegenden Verfassungskrise der USA, der auf dem Gebiet der politischen Kultur zu suchen ist. Der bereits zitierte Peter Graf Kielmansegg merkte in seinem Kommentar im Vorbeigehen an, dass die Verfassung für US-Amerikaner und Amerikanerinnen »ein Heiligtum« sei (Kielmansegg 2021). Das stimmt: Dieses Dokument und das in der Unabhängigkeitserklärung von 1776 artikulierte Gleichheitsprinzip sind Kernbestandteile der US-amerikanischen Zivilreligion; das gilt auch für die Abermillionen US-Amerikaner und Amerikanerinnen, die mit dem Inhalt dieser Dokumente nicht vertraut sind

(Franks 2019, Kap. 1). Die Verfassung gilt wohl zu Recht als Symbol für die Rechtsstaatlichkeit – »a government of laws, not of men« lautet die gängige Formulierung, die aus einer Schrift von John Adams aus der Zeit vor der Revolution stammt.⁷ Dolf Sternberger und nach ihm Jürgen Habermas haben seinerzeit den Deutschen, aber nicht nur ihnen, als Alternative zum Nationalismus einen »Verfassungspatriotismus« empfohlen. In den USA geht der Verfassungspatriotismus mit dem Nationalismus mühelos einher, nennen sich die Nationalisten von heute in den USA doch »Patrioten«.

Viele solcher selbsternannten »Patrioten« waren bei dem von ihnen sogenannten Sturm auf das Kapitol am 6. Januar 2021 dabei. Interviews, die seitdem mit Beteiligten geführt wurden, halten fest, dass die befragten Protagonisten meinten, die Verfassung schützen zu wollen, denn sie waren und sind durch die von Donald Trump und seinem Wahlkampfteam gezielt verbreiteten Fehlinformationen fest davon überzeugt, dass die Wahlen »gestohlen« wurden. Ihnen und offenbar Trump selbst wurde im Vorfeld vorgegaukelt, die für diesen Tag festgelegte Bestätigung des Abstimmungsergebnisses des *Electoral College* durch beide Häuser im Kongress könne verhindert und das Ergebnis selbst umgedreht werden.

War das eine Verfassungskrise? Im formalen Sinne nicht. Nachdem der Mob

7 »Eine Regierung durch Gesetze, nicht durch Männer.« (Adams 2003: 314). An dieser Stelle stilisierte Adams die britische Verfassung als die einer Republik mit dem König als Staatsoberhaupt.

aus dem Gebäude entfernt wurde, hatten es die wieder in beiden Häusern zusammengebrachten Abgeordneten und Senatoren sehr eilig, das vorgeschriebene Prozedere zu Ende zu bringen und die Wahl von Joe Biden und Kamala Harris zu bestätigen. Die renitente Minderheit, die sich an die Lüge der von Trump »gestohlenen« Wahl halten wollte, wurde einfach überstimmt. Wie mehrere Kommentare festhielten, haben »die Institutionen« tatsächlich gehalten. In diesem Zusammenhang verdienen die Worte des Vizepräsidenten Mike Pence am Ende seiner Ansprache zu Beginn der Wiederaufnahme des Verfahrens Beachtung: »To those who wrecked havoc in our Capitol today, you didn't win. Violence never wins. Freedom wins. And this is still the people's house.«⁸ So redet man mit Recht, auch wenn es sich nicht um die Direktwahl eines Präsidenten und einer Vizepräsidentin handelt. Denn die Volksvertretung, die die Wahl bestätigte, wurde in der Tat nach heutigem Muster demokratisch gewählt. Allerdings kam das Bekenntnis von Pence reichlich spät. Bis dahin hatte er zur großen Lüge Trumps beharrlich geschwiegen.

Mittlerweile scheint laut Umfragen für zwei Drittel der Republikaner, also für mehrere Zehnmillionen Wählerinnen und Wähler, die Behauptung, die Wahl sei Donald Trump »gestohlen« worden, zur festen Überzeugung ge-

8 »An die, die heute unser Kapitol verwüstet haben: Ihr habt nicht gewonnen. Gewalt siegt nie. Die Freiheit siegt. Und dies ist noch immer das Haus des Volkes.« Aus der Rede von Mike Pence, auf Twitter am 7.1.2021, von mehreren Nachrichtensendern wörtlich wiedergegeben.

worden zu sein. Eli Zaretsky argumentiert treffend, Trump habe mithilfe enthemmter Demagogie diese seit März 2020 ständig wiederholte Behauptung, er könne als wahrer Mann des Volkes die Wahl nur dann verlieren, wenn sie ihm »gestohlen« würde, erfolgreich mit der Erlaubnis an sein Wahlvolk verbunden, ihren Aggressionen Ausdruck zu verleihen, und habe damit eine Art »sozialpsychische Diktatur« geschaffen (Zaretsky 2021: 6f.). Was diese Verbindung jemals brechen wird, ist unklar. Schließlich wurde in der Fantasie seiner Anhängerschaft nicht nur Trump die Wahl, sondern auch ihr selbst etwas gestohlen, das sie »our country« nennen – ein heiles Amerika, in dem die »Rassen«- und Geschlechterhierarchien gestimmt haben. Möglicherweise keimt unter ihnen ein Äquivalent des Mythos der *Lost Cause*, der für viele Südstaatler und Südstaatlerinnen nach der Niederlage im Bürgerkrieg eine Art Kompensation schuf, mitsamt einer nostalgischen Idealisierung des Lebens *ante bellum* – an beidem halten viele noch immer fest (Blight 2021).

An dieser Stelle ist die eigentliche Verfassungskrise der USA festzumachen. Sie liegt nicht an den bekannten Schwächen dieses Dokuments oder an den eingangs genannten funktionalen Problemen des Senats oder der USA als Staat, sondern an der Aushöhlung der Bedeutung der Verfassung als einigendes Symbol der Rechtsstaatlichkeit durch die politische Polarisierung im Lande. Was unter »die Verfassung« gemeint ist, unterscheidet sich dabei radikal: Für die einen wird sie mit einem uneingeschränkten Recht auf Waffenbesitz sowie einer sehr eigenwilligen

Auslegung der Rede- und Religionsfreiheit verbunden, für die anderen mit dem noch immer nicht realisierten Ideal der Gleichheit aller vor dem Gesetz. Wenn mit dem Verweis auf die Verfassung derart Unterschiedliches gemeint sein kann, dann hat sie ihre einigende Kraft eingebüßt.

Literatur

- Adams, John (2003): *Novangulus, or: A History of the Dispute with America from its Origins, in 1754, to the Present Times (1774)*. In: *The Papers of John Adams*, vol. 2. Cambridge 2003.
- Allen, Steven. J. (2014): »We have lost the South for a generation«: what Lyndon Johnson said, or would have said if only he had said it. (7.10.2014). URL: <https://capitalresearch.org/>, Zugriff 23.3.2021.
- Anishanslin, Zara (2019): What we get wrong about Ben Franklin's »A Republic if you can keep it«. In: *The Washington Post*, 29.10.2019.
- Blake, Aaron (2020): Trump just comes out and says it: the GOP is hurt when it's easier to vote. In: *The Washington Post*, 30.3.2020.
- Blight, David W. (2021): How the myth of Trumpism may endure. In: *The New York Times*, 9.1.2021.
- DuBois, Ellen (2006): *Reconstruction and the Battle for Women's Suffrage*. In: *History Now* (Spring 2006). URL: <https://www.gilderlehrman.org/>, Zugriff: 25.3.2021.
- Franks, Marry A. (2019): *The Cult of the Constitution. Our Deadly Devotion to Guns and Free Speech*. Stanford.
- Gardner, Amy / Rabinowitz, Kate / Stevens, Harry (2021): How GOP-backed voting measures could create hurdles for tens of millions of voters. In: *The Washington Post*, 21.3.2021.
- Jones, Martha S. (2020): *Vanguard. How Black Women Broke Barriers, Won the Vote and Insisted on Equality for All*. New York.
- Kielmansegg, Peter Graf (2021): *Amerikanische Sklerose*. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 28.1.2021.
- Millheiser, Ian (2020): *America's undemocratic Senate, by the numbers* (6.11.2020). URL: <https://www.vox.com/>, Zugriff: 24.3.2021.
- Raze, Kyle (2019): *Voter suppression? Evidence from Shelby County vs. Holder* (30.8.2019). URL: <https://kyleraze.com/>, Zugriff: 23.3.2021.
- Zaretzky, Eli (2021): *The Big Lie*. In: *London Review of Books*. 15.2.2021.



Jens Renner
Neuer Faschismus?
Der Aufstieg der Rechten in Italien
Politik aktuell 8
160 Seiten
Paperback | 10,5 x 14,8 cm
€ 8,- [D] / € 8,30 [A]
ISBN 978-3-86505-761-7

BERTZ + FISCHER

Kann es in Italien, dem Mutterland des historischen Faschismus, einen Rückfall in die Barbarei geben? | »Renner informiert kenntnisreich und gibt so einen ausgezeichneten Überblick über die Entwicklungen der vergangenen Jahre.« (WOZ)

www.berzt-fischer.de | mail@berzt-fischer.de | Newsletter: berzt-fischer.de/newsletter